

Das Europäische Semester ruft

Meinungsaustausch der Sozialpartner unter der Ägide des Wirtschafts- und Sozialrats

VON ANNETTE WELSCH

Es ist eine Pflichtübung für die EU-Staaten: Seit 2011 müssen sie zur Vorbereitung ihres Haushalts Wachstumsberichte und Länderempfehlungen der EU-Kommission berücksichtigen, Pläne und Programme nach Brüssel schicken und Sozialpartner einbinden.

Ein weißer und ein schwarzer Schwan begrüßten gestern die Gäste, die im leichten Nieselregen in den Sitzungssaal hasteten. Lag es an der idyllischen Kulisse des Senninger Schlosses oder doch an den guten Aussichten, die die EU-Kommission Luxemburg bescheinigt? Oder war es die neue Formel für die Dreiergespräche? Denn diesmal hatte man auf die Gesprächsrunde im Januar verzichtet und es schloss sich den Meinungsmonologen vor der Presse ein „huis clos“ an, um auch tatsächlich miteinander in Dialog treten zu können. Regierungs-, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter hörten sich jedenfalls geduldig zu, auch wenn die Argumente, die Zahlen und Statistiken des einen und die Gegenargumente mit den Daten der anderen schon hinlänglich bekannt sind.

Nur zwei Empfehlungen

„Ihre Positionen sind schwer auf

einen Nenner zu bringen“, kommentierte Premier Xavier Bettel die jeweils einstündigen Stellungnahmen der Gewerkschaften und Arbeitgeber dann auch. Sie sollen dennoch nun in die nächste Etappe des Europäischen Semesters einfließen: Seine Rede zur Lage der Nation, die für Ende April vorgesehen ist und bei der Bettel den Nationalen Reformplan (PNR) und das Stabilitäts- und Wachstumsprogramm (PSC) vorstellen wird, die dann nach Brüssel geschickt werden. „Die aktualisierten Zahlen, die dabei für die Staatsfinanzen präsentiert werden können, werden noch positiver sein als die, von denen die Kommission im Herbst noch ausging“, stellte Finanzminister Pierre Gramegna gestern in Aussicht.

Die zwei Dokumente der EU-Kommission, die als Basis für den Meinungsaustausch dienen – der jährliche Wachstumsbericht vom November und der länderspezifische Bericht von Anfang März – bescheinigen Luxemburg jedenfalls ein dynamisches und überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum und gesunde Finanzen. Zwei Empfehlungen werden ausgesprochen: die Klassiker der langfristigen Rentenabsicherung und der stärkeren Diversifizie-

rung der Wirtschaft. „In beiden Bereichen werden uns aber auch Fortschritte attestiert“, sagte Wirtschaftsminister Etienne Schneider.

Zu den Hauptherausforderungen für Luxemburg zählt die Kommission unter anderem die steigenden Wohnpreise und das Bildungssystem, wo der sozio-ökonomische Hintergrund der Schüler ihren Schulerfolg noch immer zu stark beeinflusst. „Beides sind Prioritäten der Regierung und wir werden am Ball bleiben“, sagte Bettel. Wohnungsbauminister Marc Hansen ging dann gestern auch ausführlich auf die Maßnahmen ein, die die Regierung in dieser Hinsicht eingeleitet hat.

Neues Wachstumsmodell aufbauen

Für die Arbeitgeber legte UEL-Präsident Michel Wurth dar, warum das Land weiterhin Wachstum braucht, dass das aktuelle Wachstumsmodell aber die Produktivität nicht unterstützt und die Wettbewerbsfähigkeit sogar sinken lässt, und dass jetzt der Zeitpunkt sei, in ein neues, qualitatives Wachstumsmodell zu investieren, wofür er zehn Hebel aufzählte.

Zumindest in dem Punkt, dass die Investitionen hoch bleiben

müssen, sind sich die Sozialpartner einig. Für André Roeltgen (OGBL) müssten aber auch die Löhne steigen und mehr gegen das steigende Armutsrisiko getan werden.

Einen weiten Bogen der sozialen Brennpunkte schlug dann Patrick Dury (LCGB): Vom hohen Anteil der Langzeitarbeitslosen angefangen über die steigende Zahl der Leiharbeit, die zwischen 2010 und 2016 um 50 Prozent gestiegen sei, die hohe Anzahl, vor allem an Frauen in unfreiwilliger Teilzeitarbeit, der hohe Anteil an Schichtarbeit in Luxemburg, das hier auf Platz vier in der EU liege bis hin zum Mindestlohn und zur Arbeitslosenentschädigung, die angehoben werden müssten.

Romain Wolff (CGFP) nahm sich abschließend die Themen Wohnen und Steuern vor. Er forderte, dass die öffentliche Hand mehr einspringen müsse, damit die Grundstückspreise als erste Ursache der hohen Wohnungskosten weniger zu Buche schlagen. Es müsse in aller Transparenz eine Debatte über den Steuersatz bei den Betrieben geführt werden: „Wie hoch ist er tatsächlich?“, möchte er wissen.